

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Januar 2011

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 17. Januar bis zum 23. Januar 2011

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Wirtschaft und Finanzen im Vordergrund der ungarischen Ratspräsidentschaft

Premierminister Viktor Orbán präsentierte am 19.01. im Europäischen Parlament das Programm der Triopräsidentschaft, die aus Spanien (erste Hälfte 2010), Belgien (zweite Hälfte 2010) und Ungarn (erste Hälfte 2011) besteht. Ferner unterbreitete er ein zusätzliches Programm Ungarns. Vorrang haben wirtschafts- und finanzpolitische Themen, insbesondere die Einrichtung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus für die Zeit ab 2013 und die Durchführung des ersten Europäischen Semesters. Noch im ersten Quartal soll über das Legislativpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung eine politische Einigung erzielt werden.

Weitere Schwerpunkte sind eine Entwicklungsstrategie für den Donauraum und Initiativen zur Verbesserung der Lage der Roma. Besonderes Interesse findet auch der Westbalkan, insbesondere der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Überprüft werden die Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013, die Reform der Kohäsionspolitik und der neue Haushaltsrahmen für 2014 bis 2020.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16771.de09.pdf> (Arbeitsprogramm Triopräsidentschaft)

http://www.eu2011.hu/files/bveu/documents/HU_PRES_STRONG_EUROPE_EN.pdf (Programm Ungarn)

2. Europäisches Parlament rügt Behördenwillkür der Kommission

Im Falle eines deutschen Petenten, der Inhaliergeräte für Asthmatiker herstellt, die den Anforderungen der Richtlinie 93/42/EWG über Medizinprodukte entsprechen, deren Vertrieb aber seit 1997 auf Drängen bayerischer Behörden verboten worden sei, sei die Kommission mit Blick auf ein Schutzklauselverfahren über die Angelegenheit unterrichtet worden, habe jedoch den Hersteller nicht konsultiert und nie eine Entscheidung erlassen. Infolgedessen stehe eine Entscheidung in dieser Angelegenheit immer noch aus und dem Petenten stünden keinerlei Rechtsbehelfe zur Verfügung. Ferner habe die Regierung von Oberbayern, als der Hersteller das Gerät 2003 unter einem neuen Namen in den Handel brachte, dieses im Jahre 2005 erneut aus dem Markt genommen, ohne der Kommission davon Mitteilung zu machen. Der Hersteller habe die Kommission 2006 hierüber informiert; diese habe aber kein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Das EP fordert die Kommission auf, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das immer noch anhängige Verfahren, das 1997 auf der Grundlage der Schutzklausel nach Artikel 8 der Richtlinie 93/42/EWG eingeleitet wurde, abzuschließen und auf die berechtigten Anliegen des Petenten einzugehen, der seit 13 Jahren dieser untragbaren Situation ausgesetzt sei.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0017+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Besorgnis über Pensionslasten der EU-Institutionen

Der Rat nahm am 18.01. Kenntnis von der Untersuchung von Eurostat zur langfristigen Haushaltswirkung der Ausgaben für Versorgungsbezüge und zeigte sich sehr besorgt angesichts des für die Zukunft prognostizierten Anstiegs der Ausgaben für die Versorgungsbezüge des Personals der EU zu konstanten Preisen von 1235 Mio. EUR im Jahr 2010 auf 2490 Mio. EUR bis zum Jahr 2045. Er erinnert daran, dass das Parallelitätsprinzip auf die Versorgungsbezüge Anwendung findet und dass für eine stärkere Annäherung an die nationalen Altersversorgungssysteme gesorgt werden muss. Diese Parallelität sollte sich nach den Zielen richten, die im Grünbuch der Kommission betreffend angemessene, nachhaltige und sichere europäische Pensions- und Rentensysteme vom 7. Juli 2010 aufgeführt sind.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st18/st18250.de10.pdf>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Europäisches Parlament unterstützt Integration Serbiens in EU

Das EP stimmte am 19.01. dem Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien zu. Dieses Abkommen bedarf noch der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten. 12 Staaten, darunter Österreich haben dies bereits getan. Die übrigen Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, werden aufgefordert, dies ebenfalls baldmöglichst zu tun. In einer weiteren Entschließung fordert das EP Serbien auf, unverzüglich Gespräche mit dem Kosovo aufzunehmen und serbische Parallelstrukturen im Kosovo abzubauen. Ferner wird Serbien aufgefordert, einen Missbrauch der Visaliberalisierung zu verhindern. Schließlich ist die volle Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof sicherzustellen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110119IPR11943/html/Ein-Schritt-nach-vorne-f%C3%BCr-die-Beziehungen-EU-Serbien> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0014+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung zur Integration)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0015+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung zum Abkommen)

2. EU sichert Tunesien Unterstützung zu

Die EU hat dem tunesischen Volk ihre volle Unterstützung zugesichert. Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sowie Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaft, erklärten dazu: „Wir sichern Tunesien und seinem Volk unsere Solidarität zu. Unsere Sympathie gehört den Familien und Freunden der Opfer der Gewalt. Wir drängen die Behörden dazu, verantwortungsvoll zu handeln und Gewalt zu vermeiden. Tunesien hat nun einen Punkt erreicht, an dem es nicht mehr zurück kann. Die EU steht nun an seiner Seite.“ Die EU sei bereit, Tunesien bei demokratischen Reformen und wirtschaftlicher Entwicklung zu helfen und insbesondere bei der Organisation von Wahlen.

www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118873.pdf

3. Europäisches Parlament für Sanktionen gegen belarussische Amtsträger

Nach der Entschließung des EP vom 20.01. zur Lage in Belarus muss die EU ein Reiseverbot gegen belarussische Beamte, Richter und Sicherheitsbeamte aussprechen, die an der gewaltsamen Auflösung von Protesten gegen die Wahlen am 19. Dezember 2010 beteiligt waren, sowie deren Vermögen einfrieren. Die Aufhebung dieser Maßnahmen solle von der Freilassung inhaftierter Oppositionsführer abhängen, fügen die Abgeordneten hinzu.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110120IPR12095/html/Parlament-fordert-m%C3%B6gliche-Sanktionen-gegen-belarussische-Amtstr%C3%A4ger> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0022+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/34&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Ashton)

4. Europäisches Parlament für stärkeres Engagement der EU im Arktischen Rat

Angeichts des wahrscheinlichen Beitritts Islands zur EU, der Erschließung neuer Erdölquellen, der Auswirkungen der von EU-Ländern verursachten Umweltverschmutzungen in der Arktis sowie der daraus resultierenden Änderungen des Meeresspiegels in Mitgliedstaaten der EU, sollte nach Auffassung des EP der Hohe Norden an die Spitze der politischen Tagesordnung der EU gestellt und ein stärkeres Engagement im Arktischen Rat angestrebt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110120IPR12103/html/Die-EU-muss-in-der-Arktis-Flagge-zeigen> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0024+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

b) Außenhandel

1. Abkommen mit Schweiz und Liechtenstein über Agrarhandel

Der Rat stimmte am 18.01. der Unterzeichnung eines Abkommens der EU mit der Schweiz zum Schutz ihrer geografischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zu. Das Abkommen betrifft etwa 800 derzeit in der EU eingetragene und etwa 20 in der Schweiz eingetragene geografische Angaben. Der Rat billigte ferner eine geplante Änderung des Agrarhandelsabkommens mit der Schweiz wodurch der vollständigen Liberalisierung des Handels mit Käse Rechnung getragen wird. Ferner stimmte der Rat der Unterzeichnung eines Abkommens zu durch das Liechtenstein in das Abkommen mit der Schweiz über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einbezogen wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118888.pdf (Council Ecofin)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1953&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16196.de10.pdf> (Abkommen geografische Angaben)

2. Antidumpingzoll auf PET mit Ursprung in Indien

Der Rat beschloss am 18.01. eine Durchführungsverordnung zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1292/2007 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Indien.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st18/st18160.de10.pdf>

3. Erstreckung zollrechtlicher Sicherheitsmaßnahmen auf Andorra

Der Rat fasste am 18.01. einen Beschluss über den Abschluss eines Protokolls zwischen der EU und dem Fürstentum Andorra über die Ausdehnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Fürstentum Andorra auf zollrechtliche Sicherheitsmaßnahmen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st17/st17403.de10.pdf>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales, Chancengleichheit

1. Weitere Besserung auf Arbeitsmarkt in der EU

Nach dem „Arbeitsmarkt-Monitor Januar 2011“ der Kommission hat sich der Arbeitsmarkt in der EU stabilisiert, es gebe Zeichen einer Erholung in einigen Mitgliedstaaten. In einigen Mitgliedstaaten könnte die Arbeitslosigkeit auf höherem Niveau verharren. Die Rückgang der Beschäftigung in der EU sei gestoppt - im dritten Quartal sei die Zahl der Beschäftigten unverändert geblieben, nachdem es im zweiten Quartal nur einen leichten Anstieg gegeben habe; die Arbeitslosenquote in der EU scheine im November 2010 mit 9,6% auf dem Zehnmonats-Hoch zu verbleiben. Diese Ausgabe beschäftigt sich eingehender mit der Arbeitsmarktsituation in Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Außerdem werden der öffentliche Sektor und die Automobilindustrie näher betrachtet.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=975&furtherNews=yes>

2. Europäisches Parlament für internationale Adoptionen

In seiner Entschließung vom 19.01. fordert das Europäische Parlament dazu auf, das Recht der Kinder auf ein Familienleben zu achten. Adoptionen und, falls erforderlich, auch internationale Adoptionen sollten gefördert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110119IPR11957/html/Adoption-in-the-EU-ensuring-children%27s-right-to-a-family-life> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0013+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

b) Gesundheit

1. Neuer Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Mit der am 19.01. vom EP, nach Einigung mit dem Rat, beschlossenen Richtlinie zur Patientenfreizügigkeit wird klargestellt, dass Unionsbürger nicht nur in Notfällen ein Anspruch auf Erstattung der Kosten einer Heilbehandlung im Ausland zusteht. Bei stationärer Behandlung, bei Einsatz besonders aufwändiger Verfahren wie etwa Kernspintomographie oder bei Risiken für die Gesundheit des Patienten kann die Genehmigung versagt werden. Die Genehmigung für aufwändige bzw. stationäre Behandlung ist zu erteilen, wenn keine geeignete Versorgung zeitnah im Heimatland erfolgen kann. Die Richtlinie bedarf noch der förmlichen Zustimmung des Rates. Sie ist innerhalb von 30 Monaten umzusetzen. In jedem Mitgliedstaat wird eine Anlaufstelle eingerichtet, die über die Rechte der Patienten in ganz Europa informiert.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110119IPR11941/html/Klarere-Regeln-f%C3%BCr-medizinische-Behandlung-im-Ausland-angenommen> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0007+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/32&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM Kommission)

2. Kommission überprüft erneut Vereinbarungen im Pharmasektor

Die Kommission hat Auskunftsverlangen an ausgewählte Pharmaunternehmen gerichtet und sie dazu aufgefordert, ihre Vereinbarungen zur Patentstreitbeilegung, die im Jahr 2010 im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zwischen Originalpräparate- und Generikaherstellern geschlossen wurden, in Kopie zu übermitteln. Dies ist das zweite Monitoring im Anschluss an die Untersuchung der Kommission zum Wettbewerb im Pharmasektor von 2009 (vgl. [IP/09/1098](#) und [MEMO/09/321](#)), der zufolge bestimmte Arten von Vereinbarungen zur Patentstreitbeilegung den Markteintritt von Generika in wettbewerbswidriger Weise verzögern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/40&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1098&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/competition/sectors/pharmaceuticals/inquiry/index.html>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

1. EU befasst sich mit Dioxin-Vorfall in Deutschland

Kommissar John Dalli kündigte am 17.01. vor dem Europäischen Parlament mögliche gesetzliche Regelungen zur strikten Trennung der Erzeugung von Fetten und Ölen für die Nahrungsmittel- und Futtermittelerzeugung auf der einen und technischen Fetten und Ölen auf der anderen Seite an. Außerdem könnten verstärkte Dioxin-Kontrollen vorgeschrieben werden. In der letzten Januarwoche würden Inspektoren des europäischen Nahrungsmittel- und Veterinäramts in Deutschland die Lage erörtern und Präventionsmaßnahmen prüfen. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen sei gut. Am 17.01. habe er erneut mit Bundesministerin Ilse Aigner gesprochen. Der Rat Landwirtschaft befasse sich am 24.01. mit dem Dioxin-Vorfall.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/24&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Vermarktung von „BAVARIA Holland Beer“ in Deutschland zulässig

Anders als vom Bayerischen Brauerbund interpretiert, wirkt sich das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 22.12.2010 nach genauerer Prüfung so aus, dass die bereits ab dem 28.04.1995 als internationale Marke in Deutschland geschützte Bezeichnung „Bavaria“ Vorrang vor dem erst im Juli 2001 erfolgten Schutz der geographischen Bezeichnung „bayerisches Bier“ genießt. Maßgeblich sei das Datum des Inkrafttretens der Registrierung (2001) der g.g. A. "Bayerisches Bier", und nicht das Datum der Beantragung (1994). Die Bavaria NV aus Lieshout (Niederlande) begrüßte in einer Presseerklärung dieses Urteil.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-120/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-120/08)

<http://www.bayerisch-bier.de/bayerisches-bier.de/index.php?StoryID=340>

http://www.presseportal.de/pm/75966/1739176/bavaria_n_v

b) Landwirtschaft

1. Anerkennung der Landwirtschaft als Sektor von strategischer Bedeutung.

In seiner Entschließung vom 18.01. zur Anerkennung der Landwirtschaft als Sektor von strategischer Bedeutung für die Ernährungssicherheit bekräftigt das Europäische Parlament, dass die EU eine starke Landwirtschaftspolitik braucht, um eine ausreichende Versorgung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln sicherstellen zu können. Ferner solle die Spekulation bekämpft werden, die für bis zu 50% der jüngsten Preiserhöhungen verantwortlich sei. So hätten beispielsweise die Preise von Weizenverträgen in nur zwei Monaten um 70% zugelegt. Schließlich werden Maßnahmen gefordert, um junge Menschen in die Landwirtschaft zu holen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110118IPR11831/html/Starke-EU-Agrarpolitik-f%C3%BCr-erschwingliche-Nahrungsmittelversorgung-notwendig> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0006+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. EU-Kommission auf der Grünen Woche in Berlin

Die EU-Kommission ist auch diesem Jahr auf der Grünen Woche in Berlin präsent. Der thematische Schwerpunkt liegt auf den Themen Qualitätsprodukte, biologische Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Dazu findet am Stand 107 in der Halle 21b eine Reihe von Veranstaltungen statt, unter anderem eine Vorstellung EU-geförderter Projekte zur ländlichen Entwicklung, Präsentationen und Podiumsdiskussionen. EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș wird während der Grünen Woche neben bilateralen Treffen am „Berliner Agrarministertreffen“ und dem „Internationalen Agrarministertreffen“ am 22. Januar teilnehmen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9689_de.htm

3. Ende der Legehennenbatterien ab 01.01.12 bestätigt

Am 19.01. bestätigten Vertreter der Agrarwirtschaft, dass die Umstellung der Hühnerhaltung auf artgerechtere Methoden machbar ist. vergleichbare Standards für Importe aus Drittländern.

http://s-sanco-europa/food/animal/welfare/farm/laying_hens_en.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Anerkennung der Abschlussprüfer-Aufsichtssysteme von 10 Drittländern

Die Kommission hat am 18.01. die Aufsichtssysteme in 10 Ländern (Australien, China, Japan, Kanada, Kroatien, Schweiz, Singapur, Südafrika, Südkorea und Vereinigte Staaten von Amerika) als gleichwertig anerkannt. Der Beschluss sieht darüber hinaus eine Übergangsfrist für Abschlussprüfer aus 20 weiteren Drittländern vor, die es diesen gestattet, ihre Prüfungstätigkeiten in der EU fortzusetzen, während weitere Bewertungen vorgenommen werden. Die Übergangsfrist gilt für folgende Länder: Abu Dhabi, Ägypten, Bermuda, Brasilien, die Cayman-Inseln, das Dubai International Financial Centre, Guernsey, Hongkong, Indien, Indonesien, die Insel Man, Israel, Jersey, Malaysia, Mauritius, Neuseeland, Russland, Taiwan, Thailand und die Türkei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/50&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/auditing/relations/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/30&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Steuern

Durchführungsvorschriften zum gemeinsamen Mehrwertsteuersystem

Der Rat erzielte am 18.01. eine politische Einigung zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (Neufassung). "Deutschland stimmte dem Verordnungsvorschlag unter Zurückstellung erheblicher Bedenken im Rahmen eines Gesamtkompromisses zu. Dabei versteht Deutschland insbesondere die Regelung in Artikel 28a der Verordnung so, dass sie einen Mitgliedstaat nicht daran hindert, auf die Mehrwertsteuer-Identifikationsnummer als maßgebliches Kriterium zur Bestimmung des Ortes der Dienstleistung abzustellen."

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16805.de10.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16805-co01.de10.pdf>

c) Wettbewerbsrecht

1. Europäisches Parlament für wirksameres Vorgehen gegen Kartelle

Das EP ruft in seiner Entschließung vom 20.01. zu dem Bericht über die Wettbewerbspolitik 2009 die Kommission auf, Vorschläge zur Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen gegen Kartelle, einschließlich Sammelklagen, zu unterbreiten. Zu überprüfen sei auch die Bußgeldpolitik gegenüber Kartellen. Die bloße Verhängung immer höherer Bußgelder könnte angesichts von Solvabilitätsproblemen und möglichen Arbeitsplatzverlusten ein zu stumpfes Instrument sein. Daher sollten verfeinerte Instrumente wie persönliche Haftbarmachung, Transparenz und Rechenschaftspflicht von Firmen sowie Rechte der Verteidigung und Grundsätze des fairen Prozesses entwickelt werden, um Kronzeugenregelungen, Beachtung von ethischen Grundsätzen (corporate compliance) und europäische Standards zu gewährleisten.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110120IPR12107/html/Competition-policy-past-and-future> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0023+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Kartelluntersuchung im LKW-Sektor

Die Kommission führte am 18.01. unangemeldete Inspektionen bei LKW-Herstellern in mehreren Mitgliedstaaten durch.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/29&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

Barroso: Keine Aufstockung des Rettungsschirms gefordert

In einem am 21.01. veröffentlichten Interview der "Stuttgarter Zeitung" erklärte Kommissionspräsident Barroso: "Ich habe gesagt, dass die effektive Kapazität des Rettungsschirms erhöht werden muss. Was ich nicht gesagt habe, war, dass wir über die bereits vereinbarte Summe hinausgehen sollten." Derzeit sei der Anteil der Eurozone an dem Schirm von 440 Milliarden Euro nicht voll verfügbar. "Ein großer Teil der 440 Milliarden Euro diene derzeit als Puffer, um ein Top-Kreditrating zu erhalten. Barroso bekräftigte, die Kommission wolle keine Transferunion. Im Gegenteil verfolge sie die "deutsche Agenda": "Es geht uns um Haushaltsdisziplin, makroökonomische Stabilität und Strukturreformen. ... Nicht jeder in Europa teilt diese Linie", sagte Barroso. und fügte hinzu: "Berlin und Brüssel aber schon."

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9690_de.htm

b) Energie

Kommission schreibt intelligente Energieprojekte aus

Die Kommission veröffentlichte am 18.01. Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms Intelligente Energie Europa (IEE): Die Angebotsfrist läuft bis 12. Mai. Für etwa 60 Projekte stehen 67 Mio. EUR zur Verfügung.

http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/call_library_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/27&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Währung und Finanzen

1. Europäische Zentralbank mahnt ehrgeizige Haushaltskonsolidierung an

Der EZB-Rat nahm am 13.01. die zuletzt in einigen Ländern des Euroraums angekündigten Maßnahmen zur Verringerung der sehr großen Haushaltsungleichgewichte zur Kenntnis. Gegebenenfalls müssten zügig zusätzliche – möglichst ausgabenseitige – Korrekturmaßnahmen formuliert und umgesetzt werden. Gleichzeitig sollten alle Euro-Länder ehrgeizige und glaubwürdige mehrjährige Konsolidierungsstrategien verfolgen. Dies würde dazu beitragen, das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu stärken, die in den Zinssätzen enthaltenen Risikoprämien zu reduzieren und die Voraussetzungen für ein solides und nachhaltiges Wachstum zu verbessern. Als Ergänzung der fiskalpolitischen Anpassung sollten rasch substanzielle und weitreichende Strukturreformen umgesetzt werden.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2011/201101.mb_ezb_final_hm.pdf

2. Ergänzende Vorschläge für Finanzaufsicht in Europa

Der Richtlinienentwurf („Omnibus II“) der Kommission vom 18.01. enthält gezielte Änderungen an den Vorschriften über die Versicherungs- und Wertpapierregulierung, um dafür zu sorgen, dass die neuen europäischen Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Börsen ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen können. Insbesondere werden detaillierte Regelungen über die Befugnisse dieser neuen Behörden, darunter die Möglichkeit, Vorschläge für technische Standards zu erarbeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen nationalen Aufsichtsbehörden beizulegen, vorgesehen. Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) erhält spezifische Aufgaben im Hinblick auf die Erfüllung von Solvenzkapitalanforderungen nach der Solvabilität-II-Richtlinie.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/49&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/supervision/omnibus2/com2011_en.pdf

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm

3. Tagung des Rats der Europäischen Zentralbank am 03. Februar

Der EZB-Rat ist das wichtigste Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank. Er umfasst die sechs Mitglieder des Direktoriums sowie die Präsidenten der nationalen Zentralbanken der 17 Länder des Euroraums. Der EZB-Rat tritt alle zwei Wochen zusammen. Auf der jeweils ersten Sitzung jedes Monats beurteilt der EZB-Rat die wirtschaftliche und monetäre Entwicklung und fasst die geldpolitischen Beschlüsse. Im Anschluss an diese Sitzung erläutert EZB-Präsident Jean-Claude Trichet die Beschlüsse.

<http://www.ecb.eu/ecb/html/index.de.html>

4. EZB steigert Ankauf von staatlichen Schuldverschreibungen

In der Woche zum 14.01. erwarb die Europäische Zentralbank für 2.2 Mrd. EUR Staatstitel von Krisenländern der Eurozone, so dass sich der Gesamtbestand nunmehr auf 76.4 Mrd. EUR beläuft. In der Woche davor waren es nur 0.1 Mrd. EUR und davor wiederum 0.34 Mrd. EUR.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2011/html/index.en.html>

5. Vereinbarung zwischen Rat und EP über Haushalts-Zusammenarbeit

Der Rat übermittelte dem EP den Entwurf einer Ratsverordnung über den mehrjährigen Finanzrahmen für 2007-2013 und den Standpunkt des Rates zu einer Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118888.pdf (Council Ecofin)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16974.de10.pdf>

6. Weniger Banken in Europa

Nach dem Bericht der Europäischen Zentralbank vom 14.01. gab es am 01.01.11 im Eurogebiet 7.865 monetäre Finanzinstitute (einschließlich der 37 Banken des neuen Mitglieds Estland) und damit 211 (2.6%) weniger als vor einem Jahr. Rückgänge gab es im gesamten Eurogebiet. In der EU gab es 9.921 monetäre Finanzinstitute, ein Rückgang um 271 Einheiten in einem Jahr.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110114.en.html>

7. Leichter Rückgang der Euro-Fälschungen

Nach dem Bericht der Europäischen Zentralbank wurden im zweiten Halbjahr 2010 insgesamt 364 102 gefälschte Euro-Banknoten aus dem Verkehr gezogen. Gegenüber der Zahl der in den vorhergehenden sechs Monaten aus dem Umlauf genommenen Falschnoten entspricht dies einem Rückgang von 5,9 %. Verglichen mit der steigenden Anzahl echter im Umlauf befindlicher Euro-Banknoten (durchschnittlich 13,6 Milliarden Banknoten in der zweiten Jahreshälfte 2010) sei der Anteil der Fälschungen nach wie vor sehr gering. Nach wie vor werden die 20-€- und die 50-€-Banknote am häufigsten gefälscht. Im zweiten Halbjahr 2010 entfielen 81,5 % aller Banknotenfälschungen auf diese beiden Stückelungen. Mit einem Anteil von 13,5 % ist die 100-€-Banknote die am dritthäufigsten gefälschte Stückelung. Bei den übrigen Stückelungen (5 €, 10 €, 200 € und 500 €) ist der Anteil der Falschnoten sehr gering.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2011/html/pr110117.de.html>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Konsultation zu alternativen Streitbeilegungsverfahren

Die Kommission startete am 18.01. eine bis 15.03. laufende öffentliche Konsultation zu alternativen Streitbeilegungsverfahren, durch welche außergerichtlich Streitigkeiten zwischen Verbrauchern und Gewerbetreibenden schneller und kostengünstiger beigelegt werden können. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in einen für November geplanten Rechtsakt einfließen. Im späten Frühjahr findet dazu im Europäischen Parlament eine öffentliche Anhörung statt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/45&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/adr_en.htm

b) Inneres

1. Gerichtshof gegen Überstellung von Asylbewerbern nach Griechenland

Im Falle eines Afghanen, der über Griechenland in die EU eingereist und nach Belgien weitergezogen ist, entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg am 21.01., dass seine Rückführung nach Griechenland aufgrund der Dublin-II-Verordnung rechtswidrig war. Die Behandlung von Asylbewerbern in Griechenland, aber auch das Fehlen eines wirksamen Rechtsbehelfs gegen die Ausweisung in Belgien verstießen gegen die Menschenrechtskonvention. Der Gerichtshof verhängte daher gegen beide Staaten Bußen in Höhe von €6,000 bzw. €30,000.

http://www.echr.coe.int/echr/Homepage_EN

2. EU-Datenschutzbeauftragter fordert Recht auf Vergessen

Der EU-Datenschutzbeauftragte Peter Hustinx fordert in seiner Stellungnahme zur Evaluierung der EU-Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1995 eine ambitionierte Neufassung. In Zeiten von Cloud Computing, sozialen Netzen, elektronischer Maut, Geolocation und Anti-Terror-Datensammlungen müsse die Richtlinie beträchtlich nachgebessert werden. Am besten solle an die Stelle der Richtlinie eine Verordnung, treten, die unmittelbar gelte.

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2011/11-01-14_Personal_Data_Protection_EN.pdf

VIII. Umwelt

1. Festlegung harmonisierter Bedingungen für Vermarktung von Bauprodukten

Das Europäische Parlament stimmte am 18.01., nach Einigung mit dem Rat, neuen Regeln für die Kennzeichnung von gefährlichen Inhaltsstoffen in Bauprodukten zu. Das EP setzte durch, dass die " Leistungserklärung ", die laut den neuen Regeln für jedes Bauprodukt notwendig ist, Informationen über gefährliche Inhaltsstoffe gemäß der REACH-Verordnung aus dem Jahr 2006 beinhaltet. Hierdurch soll ein hohes Maß an Gesundheits- und Sicherheitsschutz erreicht werden. Die Mitgliedstaaten müssen Produktinformationsstellen für das Bauwesen benennen, welche kostenlose Informationen über Bauprodukte und deren Nutzung bereitstellen. Während des gesamten Lebenszyklus der Baustoffe sei der der Gesundheit und der Sicherheit der beteiligten Personen Rechnung zu tragen. Der Rat muss noch förmlich zustimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110118IPR11826/html/Bauprodukte-Neue-Regeln-zur-Kennzeichnung-von-gef%C3%A4hrlichen-Substanzen> (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0004+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Entschließung)

2. Suspendierung von Emissionshandel in Europa

Nachdem Unbekannte in den Rechnernetzen von Österreich, Tschechien, Polen, Griechenland und Estland etwa 2 Mio. Klimazertifikate gestohlen hatten, stoppte die Kommission den elektronischen Handel am 19.01. auf dem sogenannten Spot-Markt für mindestens eine Woche. Der Schaden wird unter Zugrundelegung eines Marktwerts von 14 EUR pro Zertifikat auf 28 Mio. EUR geschätzt. Nach Angaben der Kommission weisen 14 nationale Handelssysteme nicht die vorgeschriebenen Standards auf. Laut Presseberichten ist ein ähnlicher Angriff auf das deutsche Handelssystem vor einigen Wochen abgewehrt worden. Klimazertifikate werden von Unternehmen benötigt, die Kohlendioxid ausstoßen, insbesondere große Industriebetriebe und Wärmekraftwerke.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/34&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/clima/news/index_en.htm

3. Kommission plant neue Maßnahmen zur Luftreinhaltung

Die Kommission anerkannte in ihrer Sitzung am 18.01. die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung der Luftqualität. Hierzu gehöre eine Revision der Richtlinie über nationale Emissionsgrenzwerte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/31&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

4. Missbrauch von Industriegas-Gutschriften aus Drittstaaten beendet

Der EU-Ausschuss für Klimaänderung, der sich aus Vertretern der 27 Mitgliedstaaten zusammensetzt, hat den von der Kommission vergangenen November vorgelegten Vorschlag für ein Verbot von Projekten zur Zerstörung von zwei Industriegasen -Trifluormethan (R23), das bei der Produktion von Chlordifluormethan (R22) anfällt, und Distickstoffmonoxid (N2O) aus der Apidinsäureproduktion gebilligt. Das Verbot bedeute im Wesentlichen, dass Unternehmen diese Emissions-Gutschriften ab 01.04.13 nicht mehr verwenden dürfen. Die Genehmigung von Gutschriften aus der Zerstörung von R23 könne einen unerwünschten Anreiz dafür schaffen, die Produktion von R23 fortzusetzen; dies gelte auch für das Gas R22, das nicht nur zum Abbau der Ozonschicht führe, sondern auch ein starkes Treibhauspotenzial besitzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/56&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/614&language=EN>

http://ec.europa.eu/clima/news/index_en.htm

IX. Verkehr

1. Kommission kündigt Maßnahmen gegen schneebedingte Flugausfälle an

Kommissionsvizepräsident Siim Kallas kündigte nach einem Treffen mit führenden Managern europäischer Großflughäfen am 20.01. für das im Laufe dieses Jahres vorgesehene Flughafenpaket spezifische Maßnahmen an, um zu verhindern, dass wichtige Flughäfen ganz oder teilweise schneebedingt geschlossen werden müssen. Notwendig sei vor allem eine bessere Notfallplanung. Hierfür sei vorrangig die Luftverkehrsbranche verantwortlich. Die Kommission könne dabei für die notwendige Stärkung des gesetzlichen Rahmens sorgen, insbesondere für Mindestdienstleistungs- und -qualitätsanforderungen. Notwendig seien auch eine bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten am Boden und in der Luft, eine stärkere Vernetzung der Flughäfen und eine bessere Information der Fluggäste.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/44&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/35&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Kallas)

<http://www.aci-europe.org/>

2. Weitere Kostensteigerung bei EU-Satellitennavigationsprogrammen

Nach der Halbzeitüberprüfung der Entwicklung des europäischen Satellitennavigationsprogramms Galileo sind im Jahr 2014 die sogenannten ersten Dienste möglich. Auch beim EGNOS Programm (seit 01.10.09 in Betrieb), mit dem die Präzision der Signale von Satellitennavigationssystemen verbessert wird, seien beachtliche Fortschritte zu verzeichnen. Die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS werden im Zeitraum von 2007 bis 2013 mit 3,4 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt finanziert. Zur Fertigstellung der Galileo-Infrastruktur in den Jahren 2014 bis 2020 dürften nach dem Bericht der Kommission weitere 1,9 Mrd. EUR erforderlich sein. Für die Betriebskosten von Galileo und EGNOS werden insgesamt 800 Mio. EUR pro Jahr veranschlagt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/42&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/26&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

X. Medien und Informationsgesellschaft

Rekordbeihilfen für den Breitbandnetzausbau 2010

Entsprechend den Zielen der digitalen Agenda, die in der Strategie Europa 2020 festgelegt sind, hat die Kommission nach den EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau die Verwendung öffentlicher Mittel von mehr als 1.8 Mrd. EUR für die Breitbandentwicklung genehmigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/54&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

Präsentation von EU-Maßnahmen gegen den vorzeitigen Schulabbruch

Geringe Bildung junger Menschen gilt als eines der zentralen Hindernisse bei der Umsetzung der EU-Strategie „Europa 2020“, in deren Mittelpunkt intelligentes, nachhaltiges und sozial integratives Wachstum steht. EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou präsentiert in einer Pressekonferenz am 31.01. in Brüssel um 12.30 Uhr Maßnahmen, die darauf abzielen, den Prozentsatz von Schulabbrechern in der EU von derzeit 14,4 Prozent auf unter 10 Prozent abzusenken. Die Pressekonferenz wird über [Europe by Satellite](#) (EbS) live übertragen.

http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268_de.htm

XII. Sonstiges

1. Kommission stärkt die europäische Dimension des Sports

Die in der Mitteilung [„Entwicklung der europäischen Dimension des Sports“](#) am 18.01. vorgelegten Vorschläge betreffen die gesellschaftliche Rolle, die wirtschaftliche Dimension und die Organisation des Sports. In Bezug auf die gesellschaftliche Rolle wird vorgeschlagen: (i) Beitritt der EU zum Anti-Doping-Übereinkommen des Europarates, (ii) Europäische Leitlinien für die Kombination von Sporttraining und allgemeiner Bildung, (iii) Sicherheitsanforderungen für internationale Sportveranstaltungen, (iv) Nationale Leitlinien auf Grundlage der EU-Leitlinien für körperliche Aktivität, (v) Standards für den Zugang zu Sportvereinen und sportlichen Aktivitäten sowie zu Veranstaltungsorten nach Maßgabe der EU-Strategie für Menschen mit Behinderungen und (vi) Zugang von Frauen zu Führungspositionen im Sport.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/43&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/sport/index_de.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/24&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Vortrag von Jacques Delors, „Wo steht Europa?“ am 28.01. in Berlin

Die Grüne Gruppe im Europäischen Parlament, Bündnis 90/Die Grünen, lädt zu Vortrag und Diskussion mit dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, über die Zukunft Europas und die Rolle Deutschlands im europäischen Einigungsprozess. Einleitende Worte sprechen der Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer sowie Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien in NRW (angefragt).

<http://www.greens-efa-service.eu/event/wo-steht-europa>